

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontanto: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank a. G. m. b. H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Ausflüchtiges Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postkonten Nr. 40449 Amt Rbln.

Nummer 13

Preisnehmer Nr. 1

Laasphe, Freitag den 16. Januar 1931

56. Jahrgang

Die polnische Ruß.

Die deutsche Hauptdelegation, geführt von Reichsaussenminister Dr. Curtius, hat Berlin verlassen und ist bereits in Genf eingetroffen. Zur selben Zeit weist Henderson in Paris bei Briand, der tags zuvor auch seinen polnischen Kollegen Jalecki gesprochen hat. Jalecki ist ebenfalls nach Genf, um der französischen und der englischen Außenminister rein gemeinsam dorthin. Diesmal mehr als eine Reise, diesmal ein Aufmarsch. Man weiß sehr wohl, daß Genfationen auch diese Ratstagung nicht bringen wird, weil schließlich die Genfer Atmosphäre für Genfationen nicht geschaffen ist. Aber man weiß auch, daß es diesmal nicht etwa um Deutschland oder Polen, sondern daß es um den Völkerbund oder Polen geht.

Die polnische Regierung versucht zwar, von diesem Pfad abzulenken, sie hat eine ebenso eifrige wie verhängliche Botschaft geleistet, ob mit Erfolg, das wird schließlich der Verlauf und das Ergebnis der Ratstagung zeigen. Denn auch die Ratstagung wird sich mit den Terrorakten noch einmal beschäftigen müssen, da man annehmen muß, daß der Völkerbundrat noch durch eigene Unterfuchung sich Klarheit zu schaffen trachten wird.

Borauß Polen hinaus will, ist ganz klar. Polen will die Debatte ablenken von der Kernfrage, von der Terrorisierung der Minderheit. Es will schließlich nicht den Völkerbundrat feststellen lassen, daß die polnische Regierung den Schutzvertrag für die Minderheiten von 1919 und die deutsch-polnische Konvention von 1922 gebrochen habe. Sein politischer und vielleicht auch sonstiger wertvoller Kredit könnte darunter leiden. Darum der krampfhafteste Versuch, nachzuweisen, daß die deutschen Minderheitenbeschwerden ein Glied in der großen Kette der antipolnischen deutschen Politik seien. Darum die Taktik, die Genfer Debatte von der allgemeinen deutschen Politik, die eine Revision der Verträge anstrebt, ausgehen zu lassen, um so den Spieß umdrehen zu können mit dem Ziel, Deutschland als Verführer gegen die geheiligten Verträge zu entlarven. Daher aber auch die durchsichtigen polnischen Schachzüge der letzten Tage, die Erklärungen Jaleckis, mit Deutschland der ruhigen Beziehungen leben zu wollen, ferner die Vorlage des deutsch-polnischen Handelsabkommens und verlagene auffallende Gerichtsurteile, zuletzt die Bestrafung von Aufständischen mit Gefängnis.

Würden Recht und Gerechtigkeit allein das Urteil in Genf sprechen, so könnte dessen Inhalt nicht zweifelhaft sein. Aber wir wissen aus bitterer Erfahrung, daß die ganze europäische Mächtegruppierung, daß Freundschaft und Rücksicht, daß politische Momente höchst egoistischer Art weit stärker an der Urteilsbildung beteiligt sind als etwa der Sinn für Gerechtigkeit. Immerhin, Deutschland hat diesmal den Vorteil des klaren Rechtsstandpunktes, daß selbst die von vornherein bei unseren Gegnern zu vermutende Boswilligkeit ihn nicht einfach außerachtlassen kann. Daran hat auch die polnische Antwortnote nach Genf mit ihren mehr als dürftigen Argumenten und ihrer auch für den Unbegünstigten fühlbaren Verdröhnung nichts zu ändern vermocht. Die deutsch-polnische Auseinandersetzung ist heute so stark in den Vordergrund des internationalen Interesses gerückt, daß alle ernsthaften Politiker gezwungen sind, das ihnen von Deutschland und von Polen vorgelegte Material einer kritischen Prüfung zu unterziehen, wollen sie sich nicht durch Unkenntnis lächerlich machen, wie weitland Wilson, der ja vor mehr als zehn Jahren über die Abgrenzung entschied, ohne zu wissen, wo diese Gebiete liegen. Eine gewissenhafte Prüfung des Materials braucht Deutschland nicht zu scheuen, ja es muß sie sogar verlangen. Das Urteil über die Stichhaltigkeit der polnischen Antwort sollten wir getroßt dem Ergebnis einer gleichen Prüfung überlassen können. Sowohl in den Einzelheiten, als auch in der Gesamtschau zeigen die polnischen Entlastungs- und Abwägungsversuche eine Zerfahrenheit und eine innere Schwäche, die mit noch so viel geschickten Worten nicht überdeckt werden kann. Bei dem geringsten Willen zur Objektivität derjenigen, die darüber zu entscheiden haben, brauchte es Deutschland nicht Angst zu sein. Aber wir sagen ja schon, daß Recht und Sachlichkeit leider noch nicht zur strengen Richtschnur des Völkerbundes geworden sind.

Die deutsche Sondierung über die Stimmung bei den einzelnen Ratsmächten hat keinesfalls Anhalt dafür gegeben, daß die Ratsregierungen durchweg entschlossen sind, auf dieses polnische Spiel nicht einzugehen. Zwar scheint England und Italien nicht unter allen Umständen für Polen eingestellt zu sein, aber Curtius, vor eine schwere und heikle Aufgabe gestellt, wird einen schweren Stand haben, wenn er das Recht der deutschen Minderheiten eindrucksvoll, aber zugleich auch wirksam vertreten will. Eindrucksvoll ist nicht immer wirksam. Der Austritt aus dem Völkerbund wäre eine tönende Schelle, die den deutschen Minderheiten keine Früchte bringt. Was werden wir und wie es werden wird, darüber wird man erst einiges sagen können, wenn man nicht mehr nach, sondern wenn man schon wieder von Genf aus unterwegs ist.

Die deutsche Abordnung für die Tagung des europäischen Ausschusses ist am Donnerstag in Genf eingetroffen.

Der polnische und der rumänische Außenminister haben in Genf einen neuen Garantievertrag abgeschlossen, der den Charakter eines militärischen Bündnisvertrages haben soll.

Am Dienstag beginnt der Kampf

Die letzten Vorbereitungen für Genf. — Wie man sich den Verlauf denkt.

Genf, 15. Januar.

Nach den bisher getroffenen Dispositionen werden die Verhandlungen im Völkerbundrat über die deutschen Beschwerden gegen Polen am nächsten Dienstag beginnen. Man erwartet, daß die Verhandlungen durch eine große Rede des Reichsaussenministers Curtius eingeleitet werden, in der der Standpunkt der deutschen Regierung zu den Vorgängen in Oberschlesien dargelegt und entsprechend den Bestimmungen des deutsch-polnischen Minderheitenabkommens die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates auf die Vorgänge in Oberschlesien gelenkt wird. Im Anschluß hieran wird die Antwortrede des polnischen Außenministers Jalecki erwartet, die im wesentlichen der bereits veröffentlichten polnischen Note entsprechen dürfte. Ob noch weitere Mitglieder des Völkerbundrates das Wort ergreifen werden, steht noch nicht fest.

Die Verhandlungen über die oberschlesischen Fragen werden dann für einige Tage unterbrochen werden. In der Zwischenzeit werden

die üblichen vertraulichen Verhandlungen

zwischen den einzelnen Abordnungen stattfinden, in denen versucht werden wird, die endgültige Entscheidung zu klären und vorzubereiten. Erst in diesen Verhandlungen dürfte sich zeigen wie weit die Stellungnahme des Völkerbundrates den deutschen Forderungen und Wünschen entspricht.

Vom deutschen Standpunkt aus scheint es unbedingt erforderlich zu sein, daß der Völkerbundrat zunächst grundsätzlich die Verantwortung der polnischen Regierung für die Vorgänge in Oberschlesien feststellt und hierbei seine Mißbilligung ausspricht.

Der Vorschlag zur Bildung einer Untersuchungskommission steht nach wie vor im Vordergrund, jedoch gehen die Auffassungen über die Art der Bildung dieses Ausschusses weit auseinander.

Es verläutet, daß die polnische Regierung vorschlagen werde, eine aus polnischen Beamten zusammengesetzte Untersuchungskommission zu bilden, ein Vorschlag, der auf deutscher Seite selbstverständlich sofort abgelehnt werden wird. Nach hiesiger deutscher Auffassung könnte lediglich eine Untersuchungskommission in Frage kommen, die unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder steht.

Die Frage der Zuziehung des Präsidenten Calonder, der sich zurzeit in Genf aufhält, zu den Verhandlungen des Völkerbundrates sowie die Frage der Anhörung seines Berichtes über die Vorfälle in Oberschlesien ist noch nicht endgültig entschieden, jedoch kann jetzt bereits festgestellt werden, daß die Aussagen des Präsidenten Calonder, die sich auf ein umfangreiches Material stützen, von größter Bedeutung für die Behandlung der oberschlesischen Fragen im Völkerbundrat sein werden.

Die deutschen Vertreter eingetroffen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius und die Herren der deutschen Abordnung sind am Donnerstag mittags zu der Tagung des europäischen Ausschusses in Genf eingetroffen. Der europäische Ausschuss tritt am Freitag vormittag um 11 Uhr zunächst zu einer kurzen geheimen Sitzung zusammen, an der sich zugleich eine öffentliche Sitzung anschließen wird. In dieser Sitzung wird der Präsident der europäischen Zollwaffenstillstandskonferenz, Colijn, eingehenden einstündigen Bericht über das Gesamtproblem der europäischen Zollsenkung erstatten.

Wie verhält sich England?

Ausgedehnte Unterredung Hendersons mit Briand.

Paris, 15. Januar.

Wie erwartet, begab sich der englische Außenminister Henderson sofort nach seiner Ankunft in Paris zum Quai d'Orsay, wo er von Briand empfangen wurde. Im Beisein des englischen Botschafters in Paris, Lord Tyrrell, fand zwischen den beiden Außenministern eine längere Unterredung statt, in der sämtliche Punkte gestreift wurden, die sowohl auf den Zusammentritt des Studienausschusses für die Vereinigten Staaten von Europa, als auch auf die Tagung des Völkerbundrates Bezug haben. Die beiden Minister sind Donnerstag vormittag gemeinsam nach Genf abgereist. In der französischen Presse mißt man der Zusammenkunft umso größere Bedeutung bei, als Henderson an Stelle des deutschen Reichsaussenministers den Vorsitz der kommenden Tagung übernommen hat.

Man macht darauf aufmerksam, daß eine günstige Entwicklung der deutsch-polnischen Angelegenheit in hohem Maße von der Haltung Englands abhängt.

Wie diese Haltung sich äußern wird glaubt das „Echo de Paris“ zu wissen. Das Blatt erklärt, im Foreign Office verrete man die Auffassung,

daß die deutschen Forderungen einen ungewöhnlich weitgehenden Charakter trügen. Der englische Außenminister soll Briand die Versicherung gegeben haben, daß er sich bemühen werde, auf eine Mäßigung dieser Forderungen hinzuwirken.

Ein Ueberrumpelungsmanöver in Sicht?

Mit Hilfe der Beschwerde des Volksbundes?

Der Außenpolitiker des „Matin“, der sich bereits in Genf aufhält, will vor Beginn der Ratstagung eine Entspannung festgestellt haben.

Deutschland habe als Mitglied des Völkerbundrates oder aufgrund der Verträge, die es mit Polen unterzeichnet habe, keinen Grund mehr, bei der Minderheitendebatte seine ganze Politik als Großmacht in die Waagschale zu werfen, denn die deutsche Minderheit selbst habe durch Vermittlung des Volksbundes ihre Beschwerde vorgebracht.

Jede andere Prozedur wäre also zwecklos.

Polen sei gewiß geneigt, die bei der Wahlagitiation entstandenen Schäden wieder gut zu machen, soweit die Beschwerden gerechtfertigt seien. Diesen Weg habe Polen übrigens bereits beschritten. Man werde also sehen, ob Deutschland angesichts der sehr greifbaren Genugtuung, die der deutschen Minderheit gegeben worden sei, geneigt sei, die normale Beilegung der Kontroverse zuzulassen, indem man ihr lediglich die geringe Bedeutung beimeße, die sie wirklich habe. Daran werde man sehen, ob Deutschland, ohne das jede europäische Föderation illusorisch werde, den Extremisten zu widerstehen und abgeklärt und maßvoll in einem Geiste europäischer Ausöhnung zu plädieren wissen werde.

Kann man aus den Andeutungen des meist gut unterrichteten Außenpolitikers des „Matin“ nicht herauslesen, daß ein Ueberrumpelungsmanöver geplant ist, indem man die Beschwerde des Volksbundes in den Vordergrund schiebt, die ja von den Minderheiten selbst stammen? Daß der deutschen Minderheit bereits Genugtuung gegeben sei, ist uns neu. Oder sollte damit der offensichtlich für Genf inszenierte ein Prozeß gegen einige polnische Aufständische gemeint sein, die — ein Reklameurteil — mit Gefängnis bestraft wurden?

Europa unter Frankreichs Druck.

Keine Aenderung oder Krieg. — Das Tributgold.

Rom, 15. Januar.

In einer Vorstudie auf die Tagung des Paneuropa-Studienkomitees meint der Genfer Sonderberichterstatter des „Popolo d'Italia“, es wäre logischer und ehrlicher, die Regierungen zu einer Ueberprüfung und Revision der gesamten wirtschaftlichen, militärischen, politischen und finanziellen Lage Europas einzuladen. Auch eine wirtschaftliche Union sei nicht realisierbar, wenn nicht zuvor der moralische, geistige, politische und juristische Zusammenschluß erreicht sei.

Frankreich aber fordere mit seiner Initiative Europa und die Welt auf, nichts zu versuchen, was zu einer Aenderung der gegenwärtigen allgemeinen Lage in Europa führe. Ueber Europa liege die französische Drohung: entweder status quo oder Krieg.

Nicht einmal auf dem ausschließlich wirtschaftlichen Gebiet zeige Frankreich die Absicht, für das Wohl und im Interesse aller Europäer zu arbeiten. Europa leide unter der Knappheit des Goldes, das alles in die Stahlkammern der Bank von Frankreich gewandert sei. Eine neue Verteilung dieses Goldes unter die europäischen Staaten wäre notwendig.

Frankreich jedoch wolle sich dieser Goldmassen, die es zum guten Teil unter unsagbaren Opfern des deutschen Volkes aus den Reparationen ziehe, bedienen, um mit außenpolitischen Absichten einen ständigen Druck auszuüben.

Europa leide ferner unter einer ungerechten Verteilung des Reichtums und einer unwillkürlichen Gebietsaufteilung. Das Gleichgewicht zwischen den Produktionszentren und den Absatzmärkten sei mit der Errichtung der in Versailles „erfundenen“ Nationen gewaltsam zerstört worden.

In dem Artikel wird zum Schluß die Frage aufgeworfen, ob das, was bis jetzt dem Völkerbund nicht gelungen sei, Paneuropa gelingen könnte, und erklärt, es sei nicht ausgeschlossen, daß das Studienkomitee eines Tages als das beste Organ für die Prüfung der Möglichkeit erscheinen werde, die Bestimmungen des Artikels 19 des Völkerbundpakt anzuwenden, die die Revision der Friedensverträge vorsehen.

Auch Haushalt durch Notverordnung?

Die Volkspartei beharrt auf weiteren Abstrich. — Aus dem Haushaltsausschuß.

Berlin, 15. Januar.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Aussprache über die finanzpolitische Lage fortgesetzt. Zunächst nahm für die Deutsche Volkspartei Dr. Cremer das Wort. Er erklärte, die Ministerrede am Mittwoch habe seine politischen Freunde überrascht.

Eine Schilderung der Finanzlage könne doch nicht an den außenpolitischen Forderungen vorbeigehen, die eine große Mehrheit des deutschen Volkes erhebe. Der Minister habe die Bedenken nicht zerkleuen können, daß man in Zukunft durch Steuerausfälle vor neue Entscheidungen gestellt werden werde. Die Lohn- und Preisentwertung der Reichsregierung habe den erhofften Erfolg nicht gehabt.

Dr. Tremer verlangte ferner vor allem eine stärkere Berücksichtigung der täglichen Einflüsse des Wirtschaftszustands bei der Aufstellung des neuen Haushalts und zwar nicht durch Besoldungstürzung oder neue Steuern, sondern nur durch weitere energische Ausgabenkürzung. Die Deutsche Volkspartei werde ihre Mitarbeit am Haushalt abhängig machen von der Vorlegung eines entsprechenden Programms zur Beratung des Haushalts im Reichstag selbst.

Der Zentrumsredner Abg. Dr. Köhler sprach der Finanzverwaltung seine Anerkennung für die Abwicklung des ungeheuer schwierigen Haushalts 1930 aus. Allerdings sei das nur durch Aufzehrung erheblicher Vermögenswerte möglich gewesen. Die Lage der Gemeinden sei dadurch furchtbar geworden. Die für sie vielfach bestellten Staatskommissare hätten sich nicht immer als Spartenkommissare erwiesen. Die Gemeinden selbst müßten ihre Besoldungspolitik überall den Grundlagen der Reichsregierung angleichen.

Der sozialdemokratische Redner, Abg. Dr. Hilferding, erklärte,

der Fehlbetrag im neuen Haushalt werde sich etwa in Höhe von 1200 Millionen bewegen und nicht nur, wie veranschlagt, 900 Millionen M betragen.

Es sei fraglich, ob die Gemeinden den für 1931 zu erwartenden großen Ausfall ertragen könnten, zumal mit einem Rückgang der Gemeindesteuern von etwa 10 v. H. zu rechnen sei.

Reichsfinanzminister Dietrich

bedauerte, daß seine einleitende Rede verschiedentlich wieder mit irreführenden Schlagworten wiedergegeben worden sei. Das Wesentliche liege darin, daß die Verschlechterung der Finanzlage etwa 100 Millionen ausmache. Dabei werde übersehen, daß in der Milliarde der alte längst bekannte Fehlbetrag enthalten ist, für dessen Abdeckung durch den Schuldentilgungsplan Vororge getroffen ist. Auch die Sicherung der Finanzlage der Gemeinden werde Sorge der Reichsregierung bleiben. In erster Linie hätten dafür aber die Länder zu sorgen. Die Besoldung der Gemeindebeamten sei vielfach bedenklich. Die mitunter in der Privatwirtschaft gezahlten Spitzgehälter seien, was er mit aller Entschiedenheit betonen wolle, mit der Wirtschaftsnot nicht zu vereinbaren.

Bei den starken Einsparungen, die im neuen Haushalt bereits vorgenommen seien, sehe er keine Möglichkeit, weitere 300 Millionen abzufehen, wie es die Deutsche Volkspartei verlange.

Minister Dietrich teilte weiter mit, daß von den 400 Millionen Kronganleihe die Reichsbahn 240 und die Post 160 Millionen erhalten haben. Der Hugenbergsche Plan einer 15prozentigen Reparationsabgabe stehe im Widerspruch zu der ganzen deutschen Handelsvertragspolitik und sei technisch nicht durchführbar.

Der Zentrumsabgeordnete Ersing bedauerte gleichfalls, daß die Rede des Finanzministers vielfach so dargestellt worden sei, als ob wirklich ein neuer Fehlbetrag von einer Milliarde bestünde, was nicht zutrefte. Er verlangte von der Regierung eine Klarstellung der tatsächlichen Kostenverhältnisse der öffentlichen Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden, über die vielfach unrichtige Ansichten herrschten.

Darauf wurde die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Von besonderem Interesse ist nun, wie sich die Deutsche Volkspartei zu der Auffassung des Ministers Dietrich stellt, daß wesentliche Abstriche im neuen Etat kaum noch möglich sind. Die Volkspartei sieht in der Erfüllung ihrer Forderung weiterer Abstriche von 300 bis 350 Millionen die entscheidende Voraussetzung für die Fortsetzung ihres bisherigen Verhältnisses zur Reichsregierung.

Damit würde, wie in politischen Kreisen verlautet, die Wahrscheinlichkeit zunehmen, daß der Reichsetat schließlich doch durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden muß. Wie die Deutsche Volkspartei sich dann zu einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung stellen würde, läßt sich heute natürlich noch nicht sagen.

In unterrichteten Kreisen rechnet man vorläufig doch immer noch damit, daß es gelingen wird, eine Verständigung herbeizuführen, die den Wünschen der Deutschen Volkspartei Rechnung trägt.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Der Arbeitsplan des Reichshaushaltsausschusses.

Berlin, 15. Januar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat einen genauen Arbeitsplan aufgestellt. Er will den Haushalt in etwa 120 Stunden erledigen und zu diesem Zweck in den nächsten Wochen täglich, mit Ausnahme der Sonntage, fünfständige Sitzungen abhalten. Man rechnet damit, daß der Reichshaushalt für 1931 vom Ausschuß bis Mitte Februar erledigt wird, damit er dann im Plenum zur Verhandlung kommen kann.

Die ausgiebigste Verhandlungszeit ist dem Haushalt des Innenministeriums überlassen, nämlich 19 Stunden. Es folgt dann nach der Länge der Beratungsdauer das Reichsarbeitsministerium mit 17 Stunden, dem Reichswehrministerium mit 14 Stunden, das Auswärtige Amt mit 11 Stunden, das Reichsverkehrsministerium mit 9, das Reichsernährungsministerium mit 8 Stunden und das Reichsfinanzministerium mit 7 Stunden. Die Beratung über das Reichswehrministerium wird voraussichtlich Anfang Februar beginnen, der Haushalt des Auswärtigen Amtes wird vermutlich am 10. oder 11. Februar an die Reihe kommen.

Im Verlauf der Donnerstagsitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages ergriß erneut

Reichsfinanzminister Dietrich

das Wort. Er wandte sich gegen die schwarzseherische Art, in der gegenwärtig über die deutsche Finanzlage gesprochen werde. Sie erlöste jede Unternehmungslust im Reime.

Zur Preisentwertungsaktion erklärte der Minister, daß mit bedrohlichen Eingriffen in die Preisgestaltung einmal Schluss

gemacht werden müsse, da sonst eine Wirtschaftserholung nicht möglich sei. Zur Frage der Arbeitsbeschaffung wies er darauf hin, daß er in Stuttgart seine Vorschläge nicht in der apokalyptischen Form gemacht habe, wie es die Presse nachher behauptet habe. Der zuständige Minister Stegerwald prüfe zurzeit die Angelegenheit und werde zu gegebener Zeit dem Reichstag darüber berichten. Man solle überlegen, ob die Regierung nicht gegen eine sensationelle und unwahre Berichterstattung einschreiten sollte. Wenn der Fünf-Jahresplan in Rußland so kritisiert worden wäre, wie in Deutschland die Finanzpolitik des Reiches, würden solche Berichterhalter einfach aufgehängt werden.

Die Eisenpreisentwertung.

Wird man sie spüren? — Genugtuung in Berlin.

Berlin, 15. Jan. Die Nachricht von der in Düsseldorf beschlossenen Eisenpreisentwertung ist in Berliner Regierungskreisen mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen worden. Es handele sich hier, so wird erklärt, um eine grundsätzliche Entscheidung für die allgemeine Preisentwertung überhaupt. Die Eisenindustrie, eine der wichtigsten Schlüsselindustrien, habe ihre Preise um annähernd neun vom Hundert gesenkt. Diese Tatsache sei um so bemerkenswerter, als bereits im Juli v. J. in der Eisenindustrie die Preise schon einmal gesenkt worden seien.

Die neuerliche Senkung der Eisenpreise, so wird erklärt, sei unter dem Druck der Preisverhandlungen über die allgemeine Preisentwertung über das hinausgegangen, was die Eisenindustrie selbst glaubte zugestehen zu können.

Rußland und die Abrüstungskonferenz.

Die Sowjets gehen nicht nach Genf. — Bedingungen der Teilnahme.

Moskau, 15. Jan. Die Botschafter und Gesandten der Sowjetunion haben allen Regierungen, die zu Sowjetrußland diplomatische Beziehungen unterhalten, eine Note überreicht. Unter Hinweis darauf, daß sich der Völkerbundsrat wahrheitsgemäß mit der Beratung über die geplante Abrüstungskonferenz befassen werde, wird hervorgehoben, daß der Erfolg der Konferenz von der Gleichberechtigung aller Beteiligten abhängen werde. Diese Gleichberechtigung sei in der vorbereitenden Abrüstungskommission in Bezug auf die Sowjetdelegation nicht eingehalten worden, und zwar hauptsächlich durch das parteiische Vorgehen des Präsidenten der Kommission. Sein tatloses Benehmen sei hauptsächlich dadurch hervorgerufen worden, daß er einem Staat angehört, der keine normalen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte. Deshalb sei die Sowjetregierung gegen die Wahl eines Präsidenten, der einem Lande angehört, das nicht mit allen an der Konferenz beteiligten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalte.

Dann sei die Sowjetregierung der Ansicht, daß der Präsident nicht einem Lande angehören könne, das eine sich immer mehr entwickelnde Rüstung unterhalte, und deshalb an einer Abrüstung nicht interessiert sein könne.

Weiter wird gegen die Wahl von Genf als Tagungsort Einspruch erhoben, da dort eine ausgesprochen sowjetfeindliche Atmosphäre herrsche und keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion beständen. Die sowjetrussische Regierung sieht Berlin als besten Tagungsort für die Abrüstungskonferenz an. Sollte Frankreich Berlin ablehnen, so würde die Sowjetregierung vorschlagen, die Konferenz nach Stockholm zu verlegen. Auf alle Fälle werde sie einen Konferenzort in einem Lande, mit dem Sowjetrußland keine diplomatischen Beziehungen unterhalte, ablehnen.

Der Franzose als Zeuge.

Kayser über die Grenzziehung in Oberschlesien.

Paris, 15. Jan. Jacques Kayser steht in der „Republique“ seinen Kampf gegen die unmögliche Grenzziehung an der deutschen Dignität fort. Ausgehend von der Volksabstimmung im Jahre 1921, die bekanntlich eine erdrückende deutsche Mehrheit ergab, kommt Kayser auf die Teilung Oberschlesiens zu sprechen, deren Durchführung deutlich den Willen erkennen lasse, Polen das Höchstmögliche wirtschaftlicher Vorteile zu geben.



Immer noch Rüstungskontrolle.

Vor kurzem ist durch Beschluß der Botschafter-Konferenz auf Antrag des englischen und italienischen Vertreters das Versailler Kriegskomitee, das die militärische Seite der Ausführung des Versailler Vertrages in Deutschland zu überwachen hatte, aufgelöst worden. Die Franzosen haben diesem Beschluß heftigen Widerstand entgegengesetzt und dann durchgesetzt, daß General Barattier (Wild), der bisherige Präsident des Versailler Kriegskomitees, beauftragt wurde, die Ausführung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages weiter zu verfolgen. Gleichzeitig ist General Barattier Vorsitzender der Untersuchungskommission des Völkerbundes, soweit es sich um die Enttarnung Deutschlands handelt. Damit ist die militärische Überwachung Deutschlands keineswegs beendet, sondern hat nur eine neue Form erhalten.

Gegenüber Deutschland seien Ungerechtigkeiten begangen worden, die direkt ins Auge sprächen. Die Grenze sei an verschiedenen Punkten einfach unmöglich. So sei Deutchen von der Grenze direkt umzingelt. Aus dem Bestreben, Polen möglichst viele Vorteile zu geben, erklärten sich die vielen Windungen der Grenze, die sowohl der geographischen Lage des Landes als auch der geologischen Beschaffenheit des Bodens Hohn sprächen.

Der Streit in der Wirtschaftspartei.

Berlin, 15. Jan. Das Schiedsgericht der Wirtschaftspartei hat einstimmig beschlossen, den Reichstagsabgeordneten Colosser, der bereits seinen Austritt erklärt hatte, aus der Partei auszuschließen. In der Begründung wird erklärt, Colosser habe sich wegen seiner frechen Angriffe gegen die Parteileitung eines Verhaltens schuldig gemacht, das mit den Pflichten eines Mitgliedes im schärfsten Gegensatz stehe.

Der Abgeordnete Colosser bezeichnet in einer Erklärung seinen Ausschuß als „Affentheater“. Der Beschluß vermeide ängstlich eine Feststellung darüber, ob etwa die aufgestellten Anschuldigungen zuträfen. Der gerichtlichen Nachprüfung seiner Vorwürfe sehe er durchaus ruhig entgegen.

Die drei sächsischen Wahlkreise der Wirtschaftspartei haben vom Parteivorstandenden Drexler freiwilligen Rücktritt verlangt. Da Drexler dies ablehnte, haben die drei Wahlkreise in voller Einmütigkeit die Beziehungen zur Parteileitung abgebrochen.

Politische Tageschau.

Keine preussischen Beamten im „Stahlhelm“.

Berlin, 15. Jan. Der Disziplinarhof für die nichtrichtlichen Beamten hatte vor einiger Zeit in einer Berufsangelegenheit gegen einen Polizeibeamten zu verhandeln, der an einer öffentlichen Veranstaltung des „Stahlhelm“ als Tambourmajor in Stahlhelmskleidung teilgenommen hatte.

Der Disziplinarhof ist der Entscheidung der ersten Instanz des Disziplinargerichts der Regierung in Oppeln beigetreten und hat deren Urteil auf Strafbefehl und Kürzung des Dienstentkommens um eine Gehaltsstufe aufrecht erhalten.

Aus der Urteilsbegründung des Disziplinarhofes gibt der Amtliche Preussische Pressedienst nunmehr die folgenden besonders bemerkenswerten Stellen wieder:

Aus der Reichsverfassung ergibt sich, daß grundsätzlich auch den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Die Ausübung dieses Rechts darf aber bei einem Beamten nicht über die ihm durch sein Dienstverhältnis zum Staat gezogenen Grenzen hinausgehen. Dieses Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zur Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Staat und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung einen gleich weiten Gebrauch zu machen wie es jedem anderen Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwang der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Dienstpflicht steht. Der Beamte, so heißt es in der Urteilsbegründung weiter, darf auch außerhalb des Dienstes, zumal in der Öffentlichkeit, nicht an Veranstaltungen von Verbänden teilnehmen, die nicht einwandfrei auf dem Boden der geltenden Verfassung stehen. Daß zu solchen Verbänden auch der „Stahlhelm“ gehört, hat die Erstinstanz zutreffend festgestellt.

Nach der Schriftl.: Das Urteil des Disziplinarhofes ist kaum zu verstehen. Man bedachte doch: Reichspräsident von Hindenburg ist Ehrenmitglied des Stahlhelms. — Mit solchen Ausnahmeregeln schafft man wirklich keine Liebe zum Staate, sondern ist nur neue Zwietracht.

Der Abzug der Bürgersteuer.

Berlin, 16. Jan. Der Reichsrat stimmte einer Verordnung über die Abführung der Bürgersteuer zu. Diese Verordnung will Härten vermeiden, die bei der Einziehung der Bürgersteuer bei Wochenlohn-Empfängern eintreten könnten. Es soll vermieden werden, daß den Lohnsteuerpflichtigen durch die Abziehung der Bürgersteuerrate nur noch ein Betrag verbleibt, der zur Verrichtung des Lebensunterhaltes bis zur nächsten Lohnauszahlung nicht reicht. Außerdem soll die Verordnung auf die Lohnentwertung Rücksicht nehmen, die gegenwärtig viele Arbeitnehmer drückt.

Die Verordnung sieht deshalb vor, daß der Abzug jeder der zwei Raten vom 10. Januar und 10. März auf mehrere Lohnzahlungstermine verteilt werden kann.

Außerdem wurde eine Änderung der Vergütungssteuerordnung genehmigt, wonach Veranstaltungen, die in diesem Jahre aus Anlaß und zu Ehren der Reichsgründung stattfinden, vergütungssteuerfrei bleiben.

Der preussische Finanzminister Dr. Köster-Abschott sprach im Haushaltsausschuß des Landtages über die Frage der Wohlfahrtsverbände. Er sehe keine Möglichkeit 100 Millionen für die Wohlfahrtsverbände in den Haushalt einzustellen.

In Gütow (Pommern) ist es zu schweren kommunikativen Unstimmigkeiten gekommen, in deren Verlauf Kommunisten und auch ein Polizeibeamter schwer verletzt wurden.

In den staatlichen und städtischen höheren Schulen in Preußen darf von Oktober 1931 an nur noch ein Schulgeld von höchstens 240 Mark jährlich erhoben werden.

Reichsrat bei Ergänzungswahlen in Frankreich.

Die in den letzten Tagen in Frankreich durchgeführten Ergänzungswahlen haben ausnahmslos einen Rück nach rechts gebracht. So wurde in den Provinziallandtag in den Seealpen ein gemäßigter Republikaner, in den Provinziallandtag der Gironde der Kandidat der Rechtsgruppe und in die Pariser Stadtverordnetenversammlung der Kandidat der äußersten Rechten (Marin-Gruppe) gewählt. Bei den Kommunalwahlen in Naccio (Korsika) siegte gleichfalls der bürgerliche Kandidat über den Sozialisten.

Die Forderungen der Araber in Palästina.

Der arabische Volkskongress in Palästina hat seine Antwort auf das englische Weißbuch fertiggestellt und dem Oberkommissar zur Weitergabe nach London übermittelt. Die Araber fordern die Zurücknahme der Balfour-Deklaration und die Aufhebung der Mandatsbestimmung. Sie verlangen ferner eine dem Parlament gegenüber verantwortliche Regierung und das Verbot der Einwanderung weiterer Juden. England solle die Uebertragung arabischen Landes an Nichtaraber einstellen und enteigneten Arabern neues Land zuweisen.

Laasph

den 60. Jah
Von der ge
wird dieser
verständlich
außerlich ei
Deutschen
Flagge „Sch
Stadt soll an
unter Zube
vollendeten
Reichsflagge
zehltenlanger
Farben ton
langen. Seac
Auslande, w
Welt auf sich
am 18. Janu
nicht berse

* Ade
der letzten
zu sein, dem
wechsel einge
Regen im G
Schneepottre
gesundes W
gesunde Wet
zu wollen un
krankheiten,
gegenwärtige

* Da
direktionsbezi
im niederrhe
Stande vom
Anfang Ap
teilnehmen i
ihrer Eintrag
zum 10. Fe
an die sie ar
gewiesen, da
führungsricht
tragungen an
rung nicht b
ist, unter Ne
die neue Zu

Wetter
weise Nied
Winde.

Erndtet

Licht
der hiesigen
Erntebesofen
des Gemein
deutung der
ordentlich er
reißlos einge
des Landjäg
keit folgten.
stand es durc
bis zum Sch
Moße dazu
verbreiten
meineborstel
lung für die
der Schlacht
Vortragsab
Betreuung d
Form auf r
Borges sein
vom Kriege
Reichsgründ
nen wir den
fehlen.

Hohes
(Schäfers),
geistlicher Fri
vom frühen
Dauere tätig
die ihr in e
schieden ist.
ehrten Mut
herzlichen
ums an mit
gelegenen L
Goldene
leite Zugfu
Reife einer
berechnen un
tage unsere
Leben wird
vortüberziehe
gangenen T
danken ihren
Bürde des
auferlegt.

Der La

Flammersbach
Gisewid
Gieselsbrä
Gieselsbach
Gieselsbach

Aus der Heimat

Freitag den 16. Januar 1931

Laasphe:

— * **Flaggen heraus!** Schwarz-weiß-rot zur Reichsgründungsfeier! Am Sonntag, den 18. Januar, feiern wir den 60. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches. Von der gesamten vaterländischen Bewegung in Deutschland wird dieser Tag festlich begangen werden. Es ist eine selbstverständliche Pflicht für Jeden, an diesem Tage auch rein äußerlich seiner Freude an der Zusammenschließung des Deutschen Reiches Ausdruck zu geben, indem er die stolze Flagge „Schwarz-weiß-rot“ zeigt. Das Straßenbild unserer Stadt soll an diesen Tag erinnern, an dem große Männer unter Jubel eines einigen Volkes ein großes Werk vollendeten. Wir Deutschen haben allen Grund, unsere alte Reichsflagge in Ehren zu halten, denn sie hat uns in jahrzehntelanger Aufbauarbeit vorangeschwebt. Unter ihren Farben konnte Volk und Reich zur Weltmachstellung gelangen. Geachtet und geehrt wird sie noch heute, gerade im Auslande, wenn sie vom Heck unserer Schiffe die Augen der Welt auf sich lenkt. Wir aber wollen an ihrem Geburtstage, am 18. Januar, mit Stolz zeigen, wie sie in unseren Herzen nicht vergessen ist. Darum schwarz-weiß-rote Flaggen heraus!

— * **Alte Schnee und Eis.** Das angenehme Winterwetter der letzten Tage scheint leider nicht von längerem Bestand zu sein, denn seit dem gestrigen Abend ist ein Witterungswechsel eingetreten, der bei lebhaften Winden Tauwetter mit Regen im Gefolge gehabt hat — sehr zum Verdruss unserer Schneeschportreibenden Jugend, die dadurch vorläufig um ein gesundes Vergnügen kommt. Das unbeständige und ungesunde Wetter der letzten Zeit scheint demnach vorherrschen zu wollen und begünstigt dadurch leider allerlei Erkältungskrankheiten, die eine unerfreuliche Begleitererscheinung des gegenwärtigen Witterungscharakters sind.

— * **Das amtliche Fernsprechbuch** für den Oberpostdirektionsbezirk Dortmund (mit Ausnahme der Teilnehmer im niederrheinisch-westfälischen Bezirksnetz) wird nach dem Stande vom 10. Februar neu aufgelegt und voraussichtlich Anfang April zur Ausgabe gelangen. Allen Fernsprechteilnehmern wird empfohlen, etwa notwendige Änderungen ihrer Eintragung im amtlichen Fernsprechbuch bis spätestens zum 10. Februar 1931 der Vermittlungsstelle mitzuteilen, an die sie angeschlossen sind. Des weiteren wird darauf hingewiesen, daß die in der jetzigen Auflage enthaltenen gebührenpflichtigen Eintragungen (4, 4 ufw. Zeilen und Eintragungen an anderer Stelle), deren Wegfall oder Änderung nicht bis zum 10. Februar 1931 schriftlich beantragt ist, unter Berechnung der bestimmungsmäßigen Gebühren in die neue Auflage 1931 übernommen werden.

Wetterausichten für Samstag: Wolkig bis bedeckt, zeitweise Niederschläge, im ganzen noch etwas milder, westliche Winde.

Erndtebrück:

Lichtbildvortrag. Gestern nachmittags 6 Uhr wurde in der hiesigen Schule die zur Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen vorgesehene Vortragsfolge mit einer Ansprache des Gemeindevorstandes Sureth, in der dieser auf die Bedeutung der Veranstaltung hinwies, eröffnet. Es war außerordentlich erfreulich, daß sich die jugendlichen Erwerbslosen reißend eingefunden und dem dann folgenden Lichtbildvortrag des Landjägermeisters Vorges mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Herr Vorges, ein ehemaliger Seefahrer, verstand es durch seine ausgezeichnete Vortragsgabe, die Hörer bis zum Schluß zu fesseln und hat dadurch in besonderem Maße dazu beigetragen, das Interesse der jugendlichen Erwerbslosen an den weiteren Veranstaltungen zu wecken. Gemeindevorstand Sureth dankte ihm namens der Versammlung für die vortreffliche Schilderung aller Einzelheiten aus der Schlacht am Staggerrath. Aus dem Verkauf des ersten Vortragsabends darf man den Schluß ziehen, daß die Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen in der vorgesehene Form auf recht fruchtbaren Boden gefallen ist. Da Herr Vorges seinen Vortrag am kommenden Sonntag bei der vom Kriegerverein aus Anlaß der 60. Wiederkehr der Reichsgründung vorgesehenen Feier wiederholen wird, können wir den Besuch dieser Veranstaltung nur bestens empfehlen.

Hohes Alter. Heute feiert die Witwe Justine Wörster (geb. Peters), hier, bei fetterer körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische ihren 82. Geburtstag. Noch immer ist sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend unermüdetlich im Hause tätig und ist allezeit dankbar für die göttliche Gnade, die ihr in einem arbeitsreichen, aber segneten Leben beschieden ist. Den Kindern und Kindeskindern, die der verehrten Mutter und Großmutter zum heutigen Tage ihre herzlichsten Wünsche zu Füßen legen, schließen auch wir uns an mit dem Wunsch für einen weiteren friedlichen und gesegneten Lebensabend.

Geldene Hochzeit. Am heutigen Tage feiern die Eheleute August Battenfeld ihr goldenes Ehejubiläum im Kreise einer recht zahlreichen Familie. Wir übermitteln dem verehrten und allseits beliebten Jubelpaare zu seinem Ehrentage unsere herzlichsten Glückwünsche. Ein reich gesegnetes Leben wird am heutigen Tage vor ihrem geistigen Auge vorüberziehen und manche liebe Erinnerung aus längst vergangenen Tagen lebendig werden lassen. Mögen diese Gedanken ihren weiteren Lebensabend verschönen und ihnen die Würde des Alters tragen helfen, die ihnen die Vorlesung auferlegt.

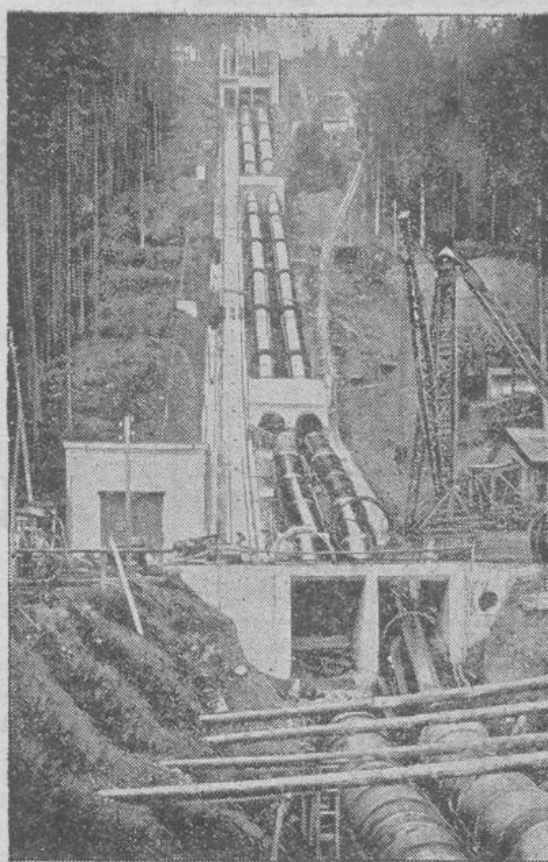
Turnen • Spiel • Sport.

D.R. Handball.

Der Tabellenstand ist jetzt folgender:

Bezirks-B-Klasse. 1. Staffel.

	Spieler	gew.	verl.	unent.	Tore	Punkte
Flammersbach	6	5	0	1	27	11
Eintracht	7	5	1	1	30	11
Eintracht	7	5	2	0	8	10
Eintracht	8	2	6	0	10	8
Eintracht	8	0	8	0	1	10



Neues deutsches Großkraftwerk im Bau.

Eine bisher unberücksichtigte Aufnahme von den Arbeiten am Schluchseewerk in Baden, das nach seiner Fertigstellung mit das größte und modernste Deutschlands sein wird. Sie zeigt die Rohrleitung, durch die das Wasser des Schluchsees in das Turbinenhaus geleitet wird. Man beachte die starke Fällung.

Für den kommenden Sonntag herrscht Spielverbot. Nur werden in jedem der drei Bezirke ein Werbeispiel ausgetragen. Es treffen sich: Bezirksmannschaft des 1. Bezirks — Eichen-Littfeld (komb.). Die Bezirksmannschaft trifft bei der gut zusammengestellten Eichen-Littfelder Elf auf harten Widerstand. Die Bezirksmannschaft ist meist aus Spielern der Mannschaften zusammengestellt, die bei den diesjährigen Meisterchaftsspielen an ausrichtender Stelle stehen. — Erdbebrück stellt Pfau als linken Läufer und Breitenbach als rechtsaußen Stürmer.

Schiedsrichtertagung.

Der Schiedsrichterbund des Siegerlandturngaues hat für den kommenden Sonntag alle Handballspieler zu einer Sitzung, vormittags 9 Uhr in die Nordhalle eingeladen. Neben organisatorischen Fragen wird man sich insbesondere auch mit den einzelnen Auswärtigen innerhalb der Spielbewegung befassen und so dem Beschluß des Spielerschusses der D.R. Rechnung tragen. Bekanntlich hat die D.R. den Beschluß gefaßt, das Jahr 1931 als ein Arbeitsjahr zur Erzielung ritterlicher Spielweisen anzusehen und geplant, Maßnahmen zu ergreifen, die dieses Ziel erreichen. Auch wird man sich in der Schiedsrichtertagung mit dem jetzt allgemein beliebten Stoffe des Vertrages zwischen D.R., D.C.B. und D.F.B. befassen. Sämtliche geprüften Schiedsrichter müssen daran teilnehmen.

Aus Nah und Fern.

— **Michelsberg** (Hessen-Nassau). 101 Jahre alt. Der hiesige Landwirt Simon Gerlach feiert am 16. Januar seinen 101. Geburtstag. Herr Gerlach war nie ernstlich krank und hat bis heute noch keinen Arzt gebraucht. Er war ein tüchtiger Landwirt und leidenschaftlicher Jäger. Noch heute ist er stolz auf die vielen Rehgebörne, die sein Wohnzimmer zieren, die er einmal erlegt hatte. Gerlach, der noch zwei lebende Geschwister — einen Bruder von 99 Jahren und eine Schwester von 97 Jahren — hat, liebt heute noch täglich die Zeitung.

— **Groß-Gerau.** 22 Schweine verbrannt. Auf Gut Hohenau bei Trebur entstand in einem Schweinestall ein Brand, dem das Stallgebäude und 22 Schweine zum Opfer fielen. Da das Gut sehr abgelegen liegt, kam die Feuerwehr zu spät, um noch etwas retten zu können.

— **11. Deutsches Sängerbundesfest 1932.** Am 17. und 18. d. M. wird der Gesamtschau des Deutschen Sängerbundes in Frankfurt a. M. zu einer Sitzung zusammengetreten, um neben Verhandlungsgegenständen innerer Natur endgültige Beschlüsse über die Gestaltung des 11. Deutschen Sängerbundesfestes zu fassen. Insbesondere wird der musikalische Aufbau des Festes besprochen, die Vortragsfolge der Auftritte festgelegt, die Wahl der Festdirigenten vorgenommen und naturgemäß auch die wirtschaftliche Seite des Festes eingehend erörtert werden. Sofort nach Genehmigung werden die Einzelheiten, vor allem die Werte und Kompositionen der Massenchor, der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

— **Weißenthurm** (Bez. Koblenz). Geheimnisvolle Massenkrankheit in einer Schule. Die Volksschule in Wittig mußte behördlicherseits geschlossen werden. In einer Klasse brach unter den Kindern plötzlich eine Krankheit aus, die mit ungeheurer Schnelligkeit sich griff, sodaß in kurzer Zeit 31 Kinder erkrankt waren. Die Ursache ist bis zur Stunde noch nicht geklärt.

— **Soghem.** Drohender großer Bergsturz. Nach fachmännischem Urteil ist zu befürchten, daß die Felsmassen, die bisher einen größeren Bergsturz aufgehalten haben, in absehbarer Zeit zusammenstürzen. Welche Folgen dieser Absturz nach sich ziehen wird, ist noch nicht abzusehen. Zunächst sind drei Gebäude bedroht, die bald geräumt werden müssen. Wenn auch der Zeitpunkt des Sturzes nicht angegeben ist, so ist zweifellos die Möglichkeit einer Katastrophe im kommenden Frühjahr nicht von der Hand zu weisen. Es ist mit dem Absturz einer Masse von mindestens 150 000 Kubikmetern zu rechnen.

— **Spanbau.** Tragödie zweier Brüder. Der 39jährige Kaufmann Ohmke erschoss seinen jüngeren Bruder im Bett und brachte sich dann selbst zwei Schüsse bei, an

denen er bald darauf starb. Aus einem an die Frau des älteren Bruders gerichteten Schreiben scheint hervorzugehen, daß die beiden Brüder aus wirtschaftlicher Notlage sich zum Freitod entschlossen hatten, da beide den Brief unterschrieben hatten. Die Kugelschüsse im Zimmer lassen aber darauf schließen, daß den jüngeren Bruder sein Entschluß reute und daß es zwischen beiden zu einem Kampf gekommen sein muß.

— **Rummelsburg.** Ein eigenartiger Selbstmord. Ein 21jähriger junger Mann verübte aus verheerender Liebe auf sehr merkwürdige Weise Selbstmord. Er bohrt in eine Eisenplatte ein Loch, gerade groß genug, um eine Patrone aufnehmen zu können. Daraufhin flüchtete er die Patrone ein, legte sich die Platte auf die Brust und setzte einen Nagel auf die Stirnfläche der Patrone, worauf er mit einem Stein auf den Nagel schlug. Die Patrone entlud sich und das Geschloß ging dem jungen Manne direkt ins Herz.

— **Lübeck.** 75 Opfer des Lübecker Kindersterbens. Von den feinerzeit mit dem Tuberkuloseimpfstoff geimpften Kindern ist jetzt wiederum ein 10½ Monate alter Säugling gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf 75 erhöht.

— **Ein abenteuerliches Schicksal.** Vor 18 Jahren der Frau ausgerückt, heute 20 000 Mark geerbt. Vor 20 Jahren hat der Schlosser Otto Luder in Mannheim geheiratet. Zwei Jahre darauf, im Jahre 1912 ist er seiner Frau ausgerückt. Er verzeigte seine Sachen und alles, was nicht nützlich und nagelfest war, setzte sich auf die Bahn, bestieg in Hamburg einen Dampfer und landete nach weiteren 14 Tagen ohne einen Pfennig Geld in Amerika. Als heller Junge veruchte er sich in allen möglichen Berufen. Er ging als Schuhmacher, als Kellerputzer, als Laufbursche, als Zeitungsjunge — und als es ihm nicht gelang, auf einen grünen Zweig zu kommen, begab er sich auf die Wanderschaft in die weite und unendliche Landschaft der amerikanischen Prärien. Als 1914 der Krieg ausbrach, erinnerte er sich daran, daß er deutscher Staatsbürger war und zog in den Krieg. Er war ein treuer und guter Soldat, und seine Brust schmückte das Eisene Kreuz erster und zweiter Klasse. 1919 wandte er sich nach Deutschland. Dort fand er erst Aufnahme bei einigen Kriegsfamiliaren, und schließlich bekam er auch Beschäftigung als Schlosser bei der Bundesbahn. Als er im Felde kämpfte, verlor er wiederholt, mit seiner Frau wieder Beziehungen aufzunehmen und sich mit ihr auszusöhnen. Aber er bekam nie Antwort, und seine Briefe kamen aus Mannheim als unbezweifelbar zurück. Als er sich wieder etwas hochgerappelt hatte und bei den Bundesbahnen fest angestellt war, ging er 1921 in Innsbruck eine zweite Ehe ein in dem Glauben, seine erste Frau sei längst tot. Otto war fleißig und treu, und da war es kein Wunder, daß sich seine zweite Ehe sehr glücklich gestaltete. Aber das Glück sollte nicht von langer Dauer sein. Es fand ein jähes Ende, als er etwa vor einem Jahre vom Gericht in Mannheim die Aufforderung bekam, die Erbschaft seiner kürzlich gestorbenen Frau anzukreten. Nun erfuhr Otto, daß er durch neun Jahre der Mann zweier rechtmäßiger Ehefrauen gewesen war. Als auch das Gericht in Innsbruck davon erfuhr, erhob es gegen ihn Anklage wegen Bigamie. Vor wenigen Tagen fand vor dem Schöffengericht in Innsbruck die Verhandlung statt. Das Urteil fiel milde aus: Otto wurde zu zwei Monaten Arrest verurteilt und bekam obendrein Bewährungsfrist. Und sein Schmerz über die Verurteilung wird noch dadurch gemildert, daß er nach Erledigung des Erbschaftsverfahrens in den nächsten Tagen 20 000 Mark ausgezahlt bekommen wird.

— **Die Reichsbahn und der Pfennig.** Ein Pfund Zucker kostet 28 und nicht 30 Reichspfennig, ein Pfund Salz 6 und nicht 10 Reichspfennig. Für eine Fahrkarte dritter Klasse über sechs Kilometer läßt sich die Deutsche Reichsbahn jedoch 30 Reichspfennig und nicht den eigentlichen Preis von 22 Reichspfennig (sechsmal 3,7 gleich 22,2) bezahlen, das heißt, sie rundet die Fahrpreise bis zu 10 Reichsmark auf 10 Reichspfennig, höhere Fahrpreise auf 20 Reichspfennig und sogar auf 1 Reichsmark auf. Dabei hat sie aber schon vorher die Kilometerentfernung „abgerundet“. 5,4 Kilometer wirkliche Entfernung ergeben nach ihrer Rechnung sechs Tarifkilometer. Was würde man wohl zu einem Kaufmann sagen, der 3. B. den Preis für 5,25 Meter Seidenband, die er für 7 Reichspfennig pro Meter anbietet, wie folgt berechnet wollte: 5,25 Meter werden abgerundet auf 6 Meter, sechs mal sieben Reichspfennig gleich 42 Reichspfennig, abgerundet gleich 50 Reichspfennig an Stelle von 37 Reichspfennig. Die Abhaltung vor dem Pfennig und die Rückkehr zur Pfennigrechnung wird immer wieder als eines der Mittel zur Gefundung unserer Wirtschaft empfohlen. Nun wird man allerdings bei der Fahrpreisberechnung nicht mit Einzelpfennig arbeiten können. Warum müssen aber die Preise gleich auf 10 Reichspfennig aufgerundet werden? Würde es nicht vollauf genügen, sie von 5 zu 5 Reichspfennig zu runden? Die Deutsche Reichsbahngesellschaft befreit das. In einem dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands auf einen entsprechenden Antrag erteilten Antwort heißt es, daß die Abrundung der Personalfahrpreise auf 5 Reichspfennig bei Beträgen bis zu einer Mark zwar erzwungen worden sei, daß man jedoch von einer Abänderung des bestehenden Zustandes absehen müsse, da hierdurch beträchtliche Einnahmefälle entstehen würden, die mangels einer entsprechenden Einnahmevermehrung nur durch eine allgemeine Erhöhung des Tarifes wettgemacht werden könnten. Also ultima ratio: Tarifierhöhung. Damit schlägt man in reichlich bequemer Weise so ziemlich alle Anregungen und Anträge tot. Und dann spricht die Deutsche Reichsbahngesellschaft von Preisabbau — wenn es sich um die Vergütung ihrer Aufträge an die deutsche Industrie handelt.

— **Erdbeben in Mexiko.** Ein Erdbeben von zwei Minuten Dauer verzeigte die Bevölkerung von Mexiko-Stadt in großen Schrecken. Tausende von Einwohnern stürzten auf die Straßen, die einige Zeit in Dunkel gehüllt waren, da die Stadtverwaltung den Strom ausschalten ließ, um den Ausbruch von Feuer zu verhindern. Zahlreiche Häuser zeigten große Risse. Mehrere Standbilder stürzten um. Das Beben war das stärkste seit 1911. Es forderte 6 Tote und 9 Verletzte. Vermutlich wird sich die Zahl der Opfer noch erhöhen. Auch andere mexikanische Orte melden Erdbebenshaken.

— **Das Erdbeben in Argentinien.** Ueber das Erdbeben-unglück bei San Antonio im Nordwesten Argentiniens liegen noch keine Einzelheiten vor. Soweit ersichtlich, steht es im Zusammenhang mit mehreren vulkanischen Ausbrüchen. Die Lava und der Aschenregen verursachten zum größten Teil die Menschenverluste und den Sachschaden. Die Regierung entsandte eine Hilfskommission.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme sowie für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Gehnen
bei dem Heimgange unsrer lieben Entschlafenen
sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten
Dank.

**Familie Rudolf Wied
und Christian Pfeil.**

Puderbach, den 15. 1. 1931.

Danksagung.

Für die uns bei dem Hinscheiden unseres
lieben Entschlafenen so zahlreich erwiesene
Teilnahme danken wir herzlich.

Feubingen, den 16. Januar 1931.

Familie Müller.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher An-
teilnahme beim Heimgange unsrer lieben Ent-
schlafenen, sowie auch Herrn Pastor Rimbaut
für die trostreichen Worte am Grabe, sagen
wir auf diesem Wege unseren aufrichtigen Dank.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Familie August Roth.

Schameber, den 16. Januar 1931.

Die Jahres-Hauptversammlung des Ziegenzucht- und Ziegenversicherungs- Bereins Laasphe

Findet am **Samstag den 17. Januar**, abends 8 Uhr
im Lokal der Wirtschaft **Jak. Weiß** statt.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt
gegeben. Die Mitglieder werden gebeten, vollständig zu
erscheinen.

Der Vorstand.

Jonas Befreiung

Kriminalroman von Hans Hyan.

2] Nachdruck verboten.

Später bei Meisenbach, wohin sie der Gesundheits-
attache Juan del Galamonte für heute abend geladen
hatte, da würde er ihr schon noch die Leviten lesen!...
Geschenkt blieb ihr das nicht!... So eine Fadesel!

Mona Braczech sah inzwischen schon in ihrer Gar-
derobe... Der Raum, den wellende Blumenarrange-
ments mit einem schweren, süßlichen Duft erfüllten, war
helles Licht. Und die Schauspielerin, die sich hierher ge-
schlüpft hatte, wie um Schutz zu suchen vor etwas un-
begreiflich Furchtbarem, sah mit hängendem Kopf, die
Arme schlaff am Körper, untätig auf dem Ruhebett, als
die Garderobiere, Frau Weißgerber, eintrat.

„Aber Fräulein Mona, fröhliches Fräulein, was is
denn?“

Die Schauspielerin erwiderte nichts. Sie hob nur
ihre dunklen Augen und sah die Frau an, die verblüfft
vor ihr stand und sie wiederholt ansprach, ohne eine Ant-
wort zu bekommen.

Ja, Mona Braczech sah die dicke Frau, die die un-
entbehrliche Gehilfin und Vertraute sämtlicher Damen am
Theater war, ebenso abweisend an, wie sie vorhin den
starren, ausdruckslosen Blick auf ihren Partner gerichtet
hatte.

Endlich öffneten sich ihre schönen Lippen zu der Klage:
„Ach, ich bin verloren, Weißgerber, ich bin ver-
loren!“

„Aber, was ist es denn, Fräulein? ... Was haben
Sie denn? So reden Sie doch klar. Sagen Sie doch,
was soll denn das heißen: Sie sind verloren! ...“

Mona fing an zu weinen, leise erst, mit langsam
zunehmenden Tränen, und dann immer stärker, verzweif-
lungsvoller und todesangiger, so als wollte sie nie
mehr aufhören, als mühte ihre Seele davonfließen in
diesem unstillbaren Tränenstrom, als sollte mit ihrem
Leid auch ihr Leben enden. Das junge Mädchen nutzte
in diesem Augenblick noch förmlich wie ein Kind an.
Es klopfte.

Von der Reise zurück!

Geschäft ab Samstag wieder
geöffnet.

Um weiteren geneigten Zuspruch bittet

Wiener Condit. u. Café

Viktor Janik.

Café Kaufmann.

Einfaches, solides

Mädchen

aus gut bürgerl. Familie im Alter von
20-25 Jahren sucht für alle Haus-
arbeit bis zum 1. Februar

Frau Jos. Kaufmann,
Siegen, Marburgerstr. 37.

Sprotten

Bückinge

Räucherlachs

Räucheraal

empfiehlt

W. Hoch, Laasphe
Telefon 33.

Kirchlicher Anzeiger.

Ev. Gemeinde Laasphe.

2. Sonntag n. Epiph., 18. Januar.

10 Uhr: Gottesdienst, P. Bauer.

11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.

Sammlung für die westf. Diaspora-
anstalten.



Skistiefel

in allen Größen und verschiedenen Preislagen
vorrätig im

Fachgeschäft

Wilhelm Wehn, Laasphe

Die Weißgerber, die neben der Künstlerin saß, sie
in ihren Armen hielt und in ihrer völligen Ratlosigkeit
eben angefangen hatte, mitszuschlagen, die stand auf,
um zu öffnen.

Da schrie Mona:
„Bleib hier, Weißgerber! ... Um Gottes willen,
mach' nicht auf!“

Die dicke Frau im weißgestreiften Wäschkleide blieb
unentschlossen stehen:

„Aber Fräulein Monachen, liebste Fräuleinchen, ich
muß doch ... wir müssen doch ...“

Es klopfte abermals und eine Stimme ward hörbar:
„Ich bin's! ... Baute ... 'n Brief für Fräulein!“

„Na sehn Sie, Baute ist es ... Bloß Baute ...“

„Lassen Sie mich doch los ... Ich bleibe ja hier ...“

ja ... ja ... gleich, Baute, ich komme schon!“

Sie machte sich frei aus den sie umschlingenden Armen,
öffnete die auf den Garderobengang hinausgehende Tür
nur einen Spalt breit und nahm dem Vogenschlüßer
den Brief ab, danach dem alten Weißkopf, der neugierig
hereinguckte, die Tür rasch vor der Nase zuschlagend.

Nun brachte sie ihrem Fräulein den Brief. Aber die
schrie laut auf:

„Nein, nein! Ich will ihn nicht! Ich lese ihn nicht!“

Sie schluchzte laut, und die dicke Frau hatte wieder alle
Mühe, sie zu beruhigen.

„Nebenan hören Sie's ja ... Fräuleinchen! ... Ja ...“

„Ja ... lassen Sie doch ... Sie brauchen ja nicht
lesen!“

Aber plötzlich wurde Mona Braczech kalt und hart
wie Stein. Mit rauher Stimme sagte sie:

„Gib her!“

Die Weißgerber, die seit 30 Jahren am Theater, so
viel hysterische Frauen mit ihren Leidenschaftsgerissen und
wilden Tränenluten erlebt hatte, stand hier doch vor
etwas Unbekanntem: sie blieb ganz wortlos und gab den
Brief.

Aber als ihn Mona Braczech aufbrach, konnte die
Garderobiere nicht anders, sie mußte über die Schulter
der gebildeten Dastehenden hineinschauen.

Und in dem Brief, auf dem weißen Bogen stand nur
ein Wort geschrieben.

In einer großen, bösen Schrift, die unnachahmlich und
unerträglich drohte, stand da:

„Kommi!“

Kriegerverein Laasphe.

Einladung

zur

Reichsgründungsfeier.

Am Sonntag den 18. Januar, abends 8 1/4 Uhr pünk-
lich findet im Saale des Kameraden Fuchs unter Mitwirkung
des Männergesangsvereins „Eintracht“ eine schlichte Feier statt.
Hierzu wird die gesamte Bürgerschaft herzlich eingeladen. Die
Kameraden wollen möglichst vollständig erscheinen und Orden
und Ehrenzeichen anlegen.

Die Weifestunden werden ausgefüllt durch Begrüßung, Fest-
rede, Liedervorträge und Musikstücke. Außerdem laufen 2 Filme,
darunter der historische Waterloo-Film.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Betrag von 50 Pfg.
pro Person erhoben. Karten sind im Vorverkauf zu haben bei
den Kameraden: Stadtreinmeister Hahn und Schreinermeister
W. Fischer.

An die Bürgerschaft richten wir die Bitte, am Sonntag die
Häuser zu beslaggen.

Laasphe, den 16. Januar 1931.

Der Vorstand.

Aufbauschule in Hilchenbach

(Jung-Stilling-Schule).

Die **Aufnahmeprüfung** findet am **16. März**,
morgens 8 Uhr statt. Anmeldungen bis **spätestens**
10. Februar erbeten.

Dr. Varney, Studiendirektor.

Öffentliche Mahnung

anstatt Mahnzettel.

Die bis zum 15. Januar 1931 fällig gewesenen
Raffen- und Arbeitslosenbeiträge sind nunmehr bis
spätestens 20. Januar 1931 zu entrichten. Ab
21. Januar 1931 erfolgt zwangsweise Beitreibung unter
Berechnung der gesetzlichen Gebühren.

Verleburg, den 16. Januar 1931.

**Allgemeine Orts- u. Landkrankenkasse
des Kreises Wittgenstein**
als Vollstreckungsbehörde.

Nichts weiter. Keine Mure, kein Name, nichts als
dies, wie von einem Heuter geschriebene Wort:
„Kommi!“

Und in diesem Augenblick, als wollte das Wort, das da
so grausam und allein stand, als wollte das lebendig wer-
den — klopfte es abermals, aber diesmal gebieterisch,
keinen Widerstand dulden, an die Tür der Garderobe.

Die herrlichen, dunkelblauen Augen der jungen Schau-
spielerin wurden weit wie bei einer Tobgeweihten; ihre
Hände hoben sich zitternd mit offenen Fingern, und der
Mund, dieser süße, von so vielen beehrte Rosenmund,
tat sich auf wie zu einem Schrei der Angst, des Entsetzens!

Aber Mona Braczech schrie nicht ... Ihre Lippen
bewegten sich hallos, sie stieß einen leise jammernden
Laut aus und fiel vom Ruhebett auf ihre Knie nieder ...

„Deine, Mona! ... Mach' auf!“

Es war, als schnitte die Stimme das harte Holz der
Tür durch ...

Vor dem Wort des Draußenstehenden, das fühlte selbst
die dicke Frau Weißgerber, gab es weder Regel noch Tür.
Und es überraschte sie nicht, daß das Fräulein, sich
schwer emporrichtend, zur Tür schwannte und den Drücker
öffnete.

Die Weißgerber, die selbst mehr Furcht hatte, als ihr
Lieb war, die treue Seele folgte doch dem Fräulein zaghaft.
Sie sah, als die Tür aufging, einen großen, schlanken
Herrn auf dem ziemlich dunklen Gang stehen. Sie sah ein
leuchtendes Frackhemd mit blühendem Brillanten, einen
dunklen Anzug und einen Zylinderhut, der vor ein Gesicht
gehalten wurde, das sie nicht sah.

Dann war jener Mann drin im Zimmer und sie selbst
hinausgeschoben, ohne daß es ihr recht zu Sinne kam, wie
das geschah ... Sie entrückte sich, war während darüber,
aber doch auch ein bißchen froh, diesem Finsternen ent-
ronnen zu sein.

Sie blieb an der Tür, wollte horchen ... umsonst ...
nichts zu verstehen ... die dadrin sprachen wohl laut, doch
in einer fremden Sprache ... Die junge Schauspielerin
war ja auch von Hause aus Ungarin.

Sie stritten sich auch nicht ... eigentlich sprach ja nur
er ... das Fräulein gab schüchtern bittende Antwort ...
so ergeben, so demüthig klang, was sie sagte ... Es war
wirklich, wie wenn ein Herrscher zu seiner Sklavin
spricht ...

(Fortf. folgt.)